

In der Treibriemenbranche war die Lage ebenso schlecht. Die Unternehmer kündigten das Lohnabkommen zweimal, doch konnte die Beschäftigten Vertiefung abgelehnt werden. Der Tarif gilt bis zum 31. September 1927.

Auch in der Fahrzeugbranche ist eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eingetreten. Die Nationalisierung führte zum Abbau von Arbeitskräften, doch wurden bei der Kraftverkehr-V. V. einige Verbesserungen erzielt: Erhöhung der Ferien auf 15 Tage und die 48-Stunden-Woche.

Anfolge der Verwendung von Kraftfahrzeugen in erhöhtem Maße ging die Geschirrfalterbranche weiter zurück. Tarifvertrag und Lohnabkommen bestehen weiter. Die Zahl der Beschäftigten geht ständig zurück, wohnwegen die Zahl der Lehrlinge zunimmt.

In unserer Lehrlingsabteilung ist ein guter Fortschritt eingetreten: Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 23 auf 50. Es wurden jeden Monat Heimabende veranstaltet, wo durch Vorträge älterer Kollegen die Wirtschaftsbedingungen angeregt und gefördert wurden. Weiter sorgten Unterhaltungsabende, Jugendwanderungen für Anregung. Die älteren Kollegen sollten sich besonders angelegen sein lassen, die jungen Kollegen zu künftigen Mitarbeitern heranzubilden, ihnen mit Rat und Tat beizustehen, damit der Nachwuchs als Facharbeiter wie als Gewerkschafter erhaltlich wird.

Am 22. Dezember veranstalteten wir für unsere Erwerbslosen, Kranken usw. im Volkshaus eine Weihnachtsfeier. Etwa 150 wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet; befreundete Sänger und Humoristen sorgten für Unterhaltung. Den Erwerbslosen wurde dann noch ein Lebensmittelpaket im Werte von 6 Mark und 5 Mark in bar überreicht. Die Feier wird allen Teilnehmern in schöner Erinnerung bleiben. Der Mitgliedschaft sei an dieser Stelle im Auftrage der Erwerbslosen bester Dank abgeleistet, die durch Opferwilligkeit die Feier und Spenden ermöglichte hatte.

Bei gerechter Würdigung dieses Berichts werden die Mitglieder anerkennen müssen, daß alles getan wurde, was in unseren Kräften stand, um die furchtbaren Gefahren dieser schweren Wirtschaftskrise zu mildern. Vor allem gelang es, die Lohn- und Tarifverträge hochzuhalten und Verschlechterungen zu verhindern, was, wie frühere Erfahrungen beweisen, nur durch die bestehende Gewerkschaft möglich wurde. Daraus ergibt sich, daß in solchen schweren Zeiten die Arbeiter ohne Gewerkschaftsorganisation völlig hilflos der Willkür der Unternehmer ausgeliefert wären wie in vergangenen Zeiten. Wenn wir noch nicht verhindern konnten, die Folgen der Krise vollständig von unseren Mitgliedern fernzuhalten, so müssen wir daraus erkennen lernen, daß wir alles daran setzen müssen, die Organisation auszubauen und alle Kräfte zusammenzufassen zur Erreichung weiterer Fortschritte.

Die Ortsverwaltung. V. A. R. Böhm e.

Franz Spließ 50 Jahre alt!

Am 18. Januar vollendet unser Franz Spließ, der frühere Vorsitzende des Tapeziererverbandes, sein fünfzigstes Lebensjahr. Die Jahre ellen schnell dahin. Franz Spließ wurde am 18. Januar 1877 in Hamburg geboren, wo er auch das Tapeziererhandwerk erlernte. Schon im Jahre 1900 vertrat er die Hamburger Kollegenchaft auf dem Verbandstag in Nürnberg. Er ging dann nach London und wurde, zurückgekehrt, am 1. Mai 1905 als Hilfsarbeiter bei der Hauptverwaltung des Verbandes in Hamburg angestellt. Auf dem Verbandstag im Juli 1906 in Frankfurt a. M. wurde Franz Spließ dann definitiv als Haupttassierer gewählt. Nachdem dann im Jahre 1909 auf dem Verbandstage in Berlin Kollege Welcher den Vorzug niedergelegt hatte, wurde an dessen Stelle Franz Spließ als Vorsitzender des Verbandes gewählt. Er hat diesen Posten bis zur Verschmelzung mit dem Sattlerverband im Jahre 1920 bekleidet, wo er zweiter Vorsitzender wurde. Bereits am 1. Juli 1921 schied Franz Spließ aus dieser Stellung aus und folgte einem Rufe des VDBB. Seit dieser Zeit wirkt er in der Sozialpolitischen Abteilung des VDBB, im Interesse der Gewerkschaften mit Erfolg. Unsere Organisation, namentlich der Tapeziererverband, schuldet ihm Kollegen Spließ Dank und Anerkennung für seine langjährige erprobte Mitarbeit. Wir haben ihn nur ungern gesehen, als er in den ungeliebten größeren, perantwärtungsoolleren Wirkungsbereich trat, wo er berufen ist, der Gelamitarbeiterchaft gute Dienste zu leisten. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre in rüstiger Gesundheit seinen Posten auszufüllen.

Das Volk muß wohnen können!

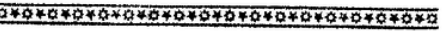
Die programmatische Lösung, d. h. eine Lösung des Wohnungsbauproblems auf ganz bestimmter, wohlbedachter Grundlage und auf weite Sicht hinaus, wird von allen leitend Beteiligten als unaufschiebbar empfunden. Wenn die Reichsregierung scheint noch immer anderer Meinung zu sein.

Wie mir erfahren, ist eine endgültige Festlegung der Reichsregierung auf einheitliche Richtlinien und Vorschläge über ein Wohnungsbauprogramm noch nicht erfolgt, haben vielmehr lediglich vorläufige Besprechungen zwischen Reichs- und preussischen Ressorts stattgefunden. Es sind aber nun nicht mehr nur die politisch linksorientierten Kreise, die die Regierung bedrängen, endlich mit gebührendem Ernst an diese Frage heranzugehen, auch die in der vorangegangenen Woche in Halle abgehaltene Bundesversammlung des Bundes Deutscher Architekten fordert in einer Resolution, angesichts der Unzulänglichkeit aller bisherigen Maßnahmen die sofortige Schaffung eines Reichswohnungsbauprogramms.

Eine ganze Anzahl von Organisationen haben Wohnungsbauprogramme in die Öffentlichkeit geworfen. Auch die freien Gewerkschaften sind mit einem Wohnungsbauprogramm hervorgetreten. Das Programm der freien

Gewerkschaften hat schließlich auch dem Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik neben anderen Vorschlägen als Vorlage gebietet für die Aufstellung seiner Richtlinien zu einem Reichswohnungsbauprogramm. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des VDBB haben neben Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrates Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, des Heimstättenamtes der Deutschen Bauernverbände, der Großorganisationen der Kleingärtner, Kriegesbeschädigten, Mieter aller Richtungen und der Siedler im Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik mitgearbeitet an der Herstellung dieser Richtlinien. Hinter dem Reichswohnungsbauprogramm des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik stehen mithin breitere Massen als hinter jedem anderen der vorher veröffentlichten Programme, Waffeln, die den politischen Parteien von der äußersten Linken bis tief in die Rechte hinein angeschlossen sind und nach Millionen zählen. Es hat bereits eine Fühlungnahme zwischen dem Aktionskomitee und Vertretern der Reichsorganisation des Zentrums und der Demokraten stattgefunden, wobei die Zustimmung der Politiker zu den wesentlichen Punkten des Programmes festgelegt wurde. Das Programm ist jedoch dem Reichstasler und dem Reichstagspräsidenten, sowie den zuständigen Ministern und sämtlichen Reichstagsabgeordneten angelegt worden, und, wie wir erfahren, interessiert sich das Reichsinnenministerium auf lebhafteste für dieses Wohnungsbauprogramm des Aktionskomitees.

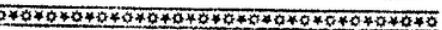
Das Programm fordert eine Wohnungsversorgung des Reiches für die nächsten zehn Jahre und die Erstellung von jährlich mindestens 250 000 Wohnungen.



Auffklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. ...

Daher der bei weitem größte Teil der Menschen darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, außerdem dann er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte, dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvolk zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig unterrichten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer den Hauptwegen, darin sie sie einsperreten, wagen dürfen, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie es versuchen, allein zu gehen ...

Sägen und Formeln, diese mechanischen Werkzeuge eines vernünftigen Gebrauchs oder vielmehr Mißbrauchs seiner Naturgaben, sind die Tugenden einer unermüdlichen Unmündigkeit. (Was ist Aufklärung?) Kant.



Minderbemittelte sollen vorzugsweise bei der Vergütung der Wohnungen berücksichtigt werden. Die Finanzierung soll aus der Hauszinssteuer und durch Anteilen bestritten werden. Für den Ausbau der Hauszinssteuer sind bestimmte Vorschläge gemacht. Die Beschaffung von ersten und zweiten Hypotheken soll durch Heranziehung der Sparkassen und der Sozialversicherungsanstalten sowie durch Senkung des Zinsfußes erleichtert werden. Auch für die Senkung der Postkosten sind unter acht verschiedenen Gesichtspunkten bestimmte Vorschläge gemacht worden. Die den Mieterchaft betreffenden Forderungen sind aufs knappe formuliert, weil beabsichtigt ist, ein besonderes Mieterchutzprogramm herauszubringen. Verlangt ist Niedrighaltung der Witwenrente durch Reichsgesetz und Verhinderung unredlicher Gewinne beim Vermieten mit öffentlichen Mitteln errichteter Wohnungen. Gefordert wird weiter Aufrechterhaltung des Mieterchutzes für alle Räume bis zur Schaffung eines sozialen Reichswohnungswirtschaftsgebietes als Dauerrecht.

Als Voraussetzung für die praktische Durchführung dieses Programmes fordert das Aktionskomitee schließlich die sofortige Einbringung beim Reichstag und Verabschiedung des Bodenreformgesetzes durch den Reichstasler und den Reichsminister für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium, sowie des Städtebaugesetzes beim Preussischen Landtag und entsprechender Gesetze in den übrigen Ländern. Die Finanzierung der im Bodenreformgesetz geforderten Bodenreformwirtschaft soll in erster Linie aus den Erträgen der Wertwachstumssteuer erfolgen.

Dieses Programm erscheint als das Programm der mittleren Linie. Es bedeutet für die linksstehenden Kreise das Minimum dessen, was gefordert wird, und für die rechtsstehenden das Maximum dessen, was erfüllt werden könnte. Die Reichsregierung aber sollte nunmehr auf Grund dieses Programms endlich ernsthaft an eine großzügige Lösung des dringlichsten sozialen Problems unserer Zeit herangehen.

Rundschau.

Für auf Wanderschaft befindliche Gewerkschaftsmitglieder Ein Fremdenheim in Leipzig eröffnet. Die Verwaltung des Leipziger Volkshauses konnte nunmehr den schon lange gehegten Wünschen unserer reisenden Gewerkschafts- und Jugendgenossen Rechnung tragen, indem sie die schon vor dem Kriege bestehende Herberge Braustraße 17 (in altermächter Nähe des Volkshauses) vollständig renovierte und mit allen hygienischen Einrichtungen eines modernen Fremdenheims herrichtete. Die Eröffnung erfolgt am 17. Januar d. J.

Ein interessanter Einblick in das Handwerk. Wie im deutschen Handwerk die Sachen stehen, lehrt ein Bericht der Berliner Handwerkerkammer für das Jahr 1925. Bis zum 31. März 1926 waren in den Lehrlingslisten des Kammerbezirks 59 506 junge Lehrlinge eingetragen. Davon waren 4279 Bäder, 2324 Friseur (663 weibliche), 1204 Fleischer, 1198 Klempner, 1487 Maurer, 1719 Mechaniker, 1604 Putzmalgerinnen, 6361 Schneider (davon 3283 männlich), 4000 Tischler, 1676 Schmiede und Werkzeugmacher, 501 Buchbinder (davon 121 weibliche).

Bücherschau.

„Laden links“ bringt in seiner neuen Nummer 2 eine große Zahl innerpolitischer und internationaler politischer Probleme im Spiegel der Satire und des politischen Witzes. „Laden links“ kostet pro Nummer 25 Pf.

Die revolutionären Sänglinge. Unter diesem Titel bringt das neue Heft 1 der „Frauenwelt“ das Referat eines Sänglings, der in einer Sänglingsversammlung gegen alle Unarten unermüdeten Sänglingsverfehlungen protestiert. Eine recht heitere Zeit, den Wintern zu sagen, was sie ihren Kleinen schuldig sind. Jedes Heft der „Frauenwelt“ kostet 30 Pf. Mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr.

Die 36. Sterke Reichsbannerzeitung ist die erste republikanische illustrierte Wochenchrift, die im Hause seines Republikaners fehlen darf. Vor allem sei auf die ausgezeichneten Illustrationen hingewiesen. Jede Nummer der 36. J. kostet 25 Pf.

„Die Gemeinde“, Halbmonatschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Die „Gemeinde“ kostet monatlich 90 Pf.

Sämtliche Schriften sind zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag V. H. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Wie ermächtigt man die Lohnsteuer? Von Paul Herr und Erich Rinner. 64 Seiten. 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14. Organisationspreis 65 Pf., von 10 Exemplaren ab 60 Pf., von 100 Exemplaren ab 50 Pf. Organisationspreise kommen nur zur Anwendung bei Bezug durch die Ortsausschüsse des VDBB und des VDBB-Bundes, durch die Verwaltungsstellen der Organisationen oder direkt durch den Verlag. Ladenpreis 1 Mk.

Bis zum 31. März 1927 müssen die Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer eingereicht sein. Im Jahre 1926 wurden vier Millionen Anträge gestellt und 60 Millionen Mark Lohnsteuerbeiträge zurückvergütet. Die Anzahl der Anträge kann bei der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 auf das Doppelte, die Rückzahlung auf das Dreifache des Vorjahres gesteigert werden, wenn die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet wird. Diese Aufklärungsarbeit will die Broschüre unterstützen und sie sollte schon in Anbetracht ihres billigen Preises von den Verwaltungsstellen der Organisationen allen denen zugänglich gemacht werden, die Anträge zu stellen oder Antragsteller zu beraten haben. 180 Millionen Mark sind der Arbeiterchaft auf diese Art wieder zuzuführen. Sollte das nicht Ansporn sein, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken?

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.)

Vom 17. bis 23. Januar ist der 3. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!

Kollegen, Kollege! Ist euer Verbandsbuch am Jahreschluss in Ordnung gebracht worden?

Achtung! Funktionäre!

Das Arbeitsgerichtsgesetz erscheint Anfang Februar im vollständigen Wortlaut mit Erläuterungen von Aufhäuser und Nörpel (die als Sachkenner der Materie bekannt sind) versehen, im Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes. An Mitglieder wird das Werk, das im Ladenpreis 8 Mk. kostet, für zirka 5 Mk. abgegeben.

Bestellungen können erfolgen bei den Ortsausschüssen des VDBB.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband Köpenicker in Berlin: Otto Hildebrand, Postfach 11, Köpenick; Hermann Salchow, Sattler; Hermann ...

Verammlungskalender.

Hörs. Dienstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Borsdorfer 1. Etage, Generalversammlung.

Sterbefälle.

Berlin. Am 7. Januar verstarb das Mitglied Gustav Arndt, Sattler, im Alter von 62 Jahren.
Mainz. Am 28. Dezember 1926 starb im Alter von 61 Jahren unser Mitglied Sebastian Steiner, Sattler.
München. Am 8. Januar starb im Alter von 54 Jahren Friedrich Dürr, Sattler.
Ehre ihrem Andenken.

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung



Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 4 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung bei allen Postämtern. Mitnahme kostenfrei

Berlin, 28. Januar 1927

Gewerkschaften und Politik.

Die freien Gewerkschaften zählten am Schluß des Jahres 1925 4 182 511 Mitglieder = 85 Prozent von allen deutschen Gewerkschaften zusammen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hatte einen Anteil von 11,8 Proz., und der Rest von 3,2 Proz. entfiel auf die kirchlich-dünkelnden Gewerksvereine. Daraus folgt, daß die freien Gewerkschaften einen wohl begründeten Anspruch darauf erheben können, daß ihre sozialpolitischen und wirtschaftlichen Interessen auch im Reichstag und schließlich auch in der Regierung eine angemessene Vertretung finden.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Politik der Zentrumspartei in erster Linie durch die Interessen der christlichen Gewerkschaften beeinflusst wird, die als Wählermassen für das Zentrum von großem Gewicht sind. Wenn das Zentrum sich bisher zur Koalition der Mitte hielt, so nur aus Rücksicht auf diese Wähler, die es nicht gern wiffen will. Es verkauft indes, daß unter Führung des Reichsarbeitsministers Brauns sich eine Grunne gebildet hat, die auf eine Koalition mit den Deutschnationalen hinarbeitet. Daß von einer Reichsregierung unter dem Einfluß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei nur Schlimmes für die Arbeiterchaft kommen kann, entspricht wohl der allgemeinen Auffassung. Die sozialdemokratische Fraktion hat am 19. Januar beschlossen, gegen eine Koalition der Mitte, wie sie bisher bestand, keine Einwendungen machen zu wollen. Ihre Unterstützung jedoch mache sie abhängig von der Zusammensetzung der neuen Regierung. Die Demokraten verhalten sich sehr unklar, sie protestierten wohl gegen das Zutreten des Generals Reinhardt, lassen aber eine entschiedene Haltung gegenüber Reichsarbeitsminister Geßler vermissen. Denn Herr Geßler hat sich doch schier unmöglich gemacht als Reichsarbeitsminister. Die Volkspartei arbeitet unablässig am Zusammenkommen einer Reichsregierung und versucht mit allen Mitteln, das Zentrum dafür zu gewinnen.

Die Sozialdemokratie ist die stärkste politische Partei im Reichstag, und nicht zuletzt ist sie es durch die freien Gewerkschaften. Daraus ergibt sich, daß die Interessen der Gewerkschaften auch berechtigterweise in der Regierung vertreten sein müßten. Wenn schon das Zentrum den Posten des Reichsarbeitsministers für sich in Anspruch genommen hat, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch die Sozialdemokratie hierauf Anspruch erheben sollte, die doch durch die freien Gewerkschaften viel mehr hinter sich hat, als die christlichen Gewerkschaften dem Zentrum bieten.

Da, wie die Dinge liegen, eine tragbare Koalition der Mitte schwerlich zustande gebracht werden kann und eine Koalition der Linken ebensowenig, muß man sich für machen, welche große Gefahr eine Koalition der reaktionären Parteien für die werktätigen Massen bedeuten würde, also eine Koalition der Rechten.

Wir haben wohl die Verhältnismäßig, aber nicht die Gruppierung der Parteien nach diesem Verhältnis, sondern nach den besonderen Interessen einer jeden Parteigruppe. Das Gesamtwohl des Volkes vertritt nach den Versicherungen vor den Wahlen jede dieser Parteien und macht auch noch den speziellen Parteifreunden Versprechungen über Verpfändungen, die aber meist nicht gehalten werden können.

In der Zersplitterung der Wähler in eine Menge Parteigruppen liegt nun die Schwierigkeit, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, weil jede dieser Gruppen und Gruppen besonders Extrawürste haben will. Die Deutschen sind immer so gewesen und haben ihre Kräfte gespalten, anstatt sie zu vereinen und auf ein gemeinsames Ziel zu konzentrieren.

Das wird nicht früher geschehen, als bis die Sozialdemokratie endlich die große Mehrheit aller Wählerberechtigten hinter sich hat. Darauf können wir in dieser Situation aber nicht warten, es gilt jetzt Stellung zu nehmen und einen gangbaren Weg zu finden.

Das nächstliegende wäre ja, Auflösung des Reichstages und Anordnung von Neuwahlen zu verlangen. Bisher ergibt sich dann eine andere Konstellation der Parteiengruppen. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler hat schon vor Beirachnachten dieses Verlangens gestellt, die Kantzen haben jedoch anders entschieden. Die SPD. fordert ebenfalls unaufhörlich die Auflösung des Reichstages und wendet sich mit den gefälligsten Beschuldigungen gegen die SPD.

Es ist schwer zu sagen, was bei Neuwahlen für Resultate herauskämen. Jedenfalls würde das Heer der Erwerbslosen schwer ins Gewicht fallen, andererseits würde aber auch alles, was reaktionär gesinnt ist, auf die Beine gebracht werden. Sinoz kommt die Zermürbung und Zersplitterung der Organisationen der Werktätigen und die Unmöglichkeit jener Schichten, die noch in Lohn und Brot stehen. Trotz geheimen Wahl haben wir doch genug erlebt, wie das Unternehmertum mit Hilfe dieser Parteien und Zogen die Wahlen zu seinen Gunsten beeinflusst hat. Die Ab-

stimmung über das Volksbegehren und der Volksentscheid sind nicht sehr ermutigend.

In solcher Situation taucht ganz natürlich auch der Gedanke an eine große Koalition wieder auf. Und es ist kein anderer als der Minister a. D. Severing, welcher sich in den Sozialistischen Monatsheften darüber äußert. Nach seiner Meinung kann eine tragfähige Regierung nur von einer großen Koalition, von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei, gebildet werden. Es lasse sich freilich einwenden, daß die Volkspartei, monarchistisch eingestellt, die besonderen Interessen der Schwerindustrie vertritt. Eine Verständigung in Fragen der Arbeitszeit, des Arbeiterlohnes, des Arbeitsrechts und der Arbeitsversicherung erscheint nahezu unmöglich. Alle diese Fragen sind brennend und drängen zur Entscheidung. Aber nun fragt es sich: Wird diese Entscheidung günstiger für die Arbeiterchaft ausfallen, wenn der Einfluß jener Interessen sich ungeschwächt und unangefochten im Kabinett der neuen Regierung auswirken darf? Oder ist nicht vielmehr eine Festigung des Arbeiterstandpunktes zu erwarten, wenn sich Vertreter der Arbeiter schon bei der Beratung der Vorlagen im Kabinett beteiligen und ihre Einwendungen geltend machen?

Severing führt noch an, daß das Gesetz zur polizeilichen Bekämpfung von Schund- und Schmutzschriften wahrscheinlich nicht einmal bis zum Reichstagesantritt gelangt wäre, wenn sozialdemokratische Minister rechtzeitig ihren Einspruch beim Innenminister eingelegt hätten. Auch die Ausstellungen an Heer und Marine mahnen deutlich daran, daß die Kritik nicht nur von außen, sondern schon in der Regierung selbst beginnen muß.

Natürlich würden dazu Minister gebraucht, die nicht heute kommen und morgen wieder zurückgezogen werden, sondern die ihr Nestort und die Reichsgeschäfte überhaupt kennen und beherrschen lernen. Er fügt hinzu, daß eine Beteiligung der SPD. an der großen Koalition die Agitation der SPD. wieder neu beleben würde. Indes, diese Rücksicht dürfte keine Rolle spielen, wo das Interesse des Volkes über das Parteinteresse gestellt werden müsse.

Nach der bisher bekannten Einstellung der Volkspartei erscheint es unmöglich, daß die SPD. mit dieser in eine große Koalition gelangen könnte. Auch nach den bisher bekannt gewordenen Beschüssen der SPD.-Fraktion ist nicht damit zu rechnen, daß eine große Koalition im Bereich der Möglichkeit liegen könnte. Der „Vorwärts“ schrieb noch am 20. Januar in seiner Morgenausgabe: „Soll das Zentrum an seinem Widerstand gegen eine Reichsregierung fest, dann bleibt tatsächlich nur noch eins übrig: nämlich das Volk selbst darüber entscheiden zu lassen, ob es den Deutschnationalen oder den Sozialdemokraten mitbestimmenden Einfluß in der Reichsregierung gewähren will. Aber bereits am 21. Januar wird bekannt, daß der Reichspräsident an den Reichsanstänger Max ein Schreiben gerichtet hat mit der Aufforderung, ein Kabinett der Rechten, also den Bürgerblock, zu bilden. Es ist also schon soweit gekommen, daß das Zentrum wagt und sich wahrscheinlich nach rechts schließt. Der Inhalt des Hindenburg-Briefes an Max wird im „Berliner Tageblatt“ Nr. 34 scharf kritisiert. Der Reichspräsident sei nicht nur schlecht beraten, sondern auch falsch informiert worden, indem er parteiisch den Wünschen erweilt, als ob nur die Deutschnationalen vaterländisch gesinnt wären und nur mit ihnen das Interesse des Vaterlandes gewahrt werden könnte. Der Reichspräsident hat schon beim Volksentscheid in seinem Brief an v. Roebell die Grenze überschritten, welche ihm die Verfassung ziele, das geschieht jetzt durch den Brief an Max zum zweiten Male. Man erkennt daran den schlimmsten Einfluß seiner Berater.

Es kommt jetzt alles darauf an, wie das Zentrum sich entscheidet! Für die deutsche Arbeiterchaft gibt es unter diesen Umständen keine andere Forderung, als Auflösung des Reichstages und Neuwahlen.

Günstige Wirtschaftsaussichten?

Die Banken haben die Diskontsätze herabgesetzt, und die Sparkassen sind mit der Herabsetzung der Zinssätze gefolgt. Man folgert nun, daß Handel und Verkehr daraus recht bald erhebliche Vorteile haben werden. Wie bereits in einem früheren Artikel hier angedeutet wurde, scheint man in Bank- und Börsekreisen über die Wirtschaftsaussichten, namentlich soweit die Industrie in Betracht kommt, überaus hoffnungsvoll zu sein. Diese Auffassung gründet sich zunächst auf die günstige Lage des Geldmarktes und auf die gute Beschaffenheit des gesamten Produktionsapparats. Man glaubt, damit den Weltmarkt zurückerobern zu können und die Konkurrenzfähigkeit zu erneuern. Es kommt auch noch ein Drittes hinzu: Wie aus der Unternehmerpresse ersichtlich ist, hofft man, daß die Arbeiterchaft organisatorisch und soweit durch die Arbeits-

losigkeit und inneren Zwiespalt zermüht ist, daß sie ohnmächtig die neuen Belastungen, Mieterhöhung und Verteuerung der Lebenshaltung, zu den alten Lasten, ohne Widerstand zu leisten, hinhinnehmen wird.

Unner und ewig jammert die deutsche Unternehmerpresse über die Lohnforderungen der Arbeiterchaft, die doch weit mit ihren Löhnen zurückbleibt hinter den Löhnen in anderen Ländern. Es fällt ihr nicht ein, die Unternehmer einmal zur Nachprüfung ihres eigenen Aufwandes anzuregen und dort Abstriche zu machen. Man ist dreist genug, den Wohlhabenden immer größere Zuwendungen zu machen während den Kernsten der Proleten immer höher gehängt wird. Jede Lohnforderung, mag sie noch so berechtigt sein, wird als das Werk vaterlandsloser Feiger in der Unternehmerpresse verteufelt.

Diese Presse findet es ganz in der Ordnung, daß die Minister a. D., die dem deutschen Volke geradezu Hinters- und Verräterdienste geleistet haben, Reisekosten einheimen, obwohl sie nebenbei noch fast ebenso hohe Einkommen beziehen. Das trifft ebenfalls zu auf hohe Offiziere und sonstige Kostgänger der Republik. Die moderne lügerische Moral duldet es aber nicht, daß ein einfacher Arbeiter oder niedriger Angestellter neben seinem fargen Lohn oder Gehalt noch etwas verdient. Das ist dann ein Doppeldelikt, der wird sofort gemahnt. Wo ist denn da noch Gogit, Sinn und Verstand? Eine solche Moral mit doppeltem Boden treibt diese Gesellschaft dem Verfall entgegen.

Man verzeihe diese Abschweifung, sie erklärt sich aber aus der Empörung über solche Scheuerei, die sich in der Unternehmerpresse ständig breit macht. In der Lederindustrie wird dem Reichsanstpräsidenten das Kompliment gemacht, er habe durch seine Laune die Auscheidung unvollkommener Elemente beendet und die Stabilisierung der Industrie durch Fortsetzung der Beschränkung in puncto Kredit rückhaltlos durchgeführt. Man darf dabei nur an die Konzentration in den großen Industrien erinnern und an die Beschwerden des Mittelstandes, mit welchen besonders die Handwerkerpresse ständig beschäftigt ist. Unschonend hat man nicht nur die Inflationsgründungen als unwillkommene Elemente getroffen, sondern auch die kleineren Geschäftskreise nicht zu knapp mit solcher Kredit-sperre. Die Wirtschaftspartei hat sich somit plat an die Wand drücken lassen. Leider trifft dieses Gebahren auch die Arbeiterchaft mit, denn sie ist mit dem Mittelstand auf Gedeih und Verderb verdammt, die Schläge auszuhalten, die man oben auszuteilen gerah.

Freilich ist der Mittelstand und die Wirtschaftspartei aneinander nicht inlande, die wirtschaftliche und politische Lage daraufhin zu erkennen und seine Führer entsprechend zu beeinflussen. Diese folgen lieber den Schlägern des Mittelstandes, und so wird wohl auch das Jahr 1927 dem Handwerkerkreise nicht allzuviel bringen, wenn auch die Großindustrie tatsächlich einer „Blütezeit“ entgegengehen sollte.

Das letztere ist ja auch sehr wahrscheinlich, denn Hochfinanz und Großindustrie sind ja international affiziert und interessiert, und so wird man schon die Dinge zu dreheln wissen, daß der Wigen dieser Kreise gedeiht.

Was speziell die Auslieferung der Obervertriebskraft angeht, so werden diese als sehr günstig bezeichnet. Die Schuhwarenindustrie hat guten Erfolg, denn infolge des hohen Wetters hat die Nachfrage nach gutem Schuhwerk stark zugenommen. Trotzdem wird den Fabrikanten der Mat erteilt, die Produktion nicht allzusehr auszuweiden. Der Mode und der Sport werden den Verbleib von Schuhwerk in jeder Hinsicht fördern, und die günstige Entwicklung der Gesamtindustrie wird auch ihre Auswirkung auf die Lederindustrie haben.

Die Produktionsverhältnisse in der Automobilindustrie.

Schon vor Jahresfrist haben wir in unserer Zeitung auf die sich abzeichnende Umstellung in der Automobilherstellung hingewiesen. Unter anderem wurde dargelegt, wie die steigende Serienherstellung den Einzelbau der Wagen verdrängt. Die Serienherstellung, die die Typisierung begünstigt, räumt mit den vielen und verschiedenartigen Konstruktionen im einzelnen gründlich auf. Natürlich war das nicht nur eine technisch begründete Maßnahme. Zum großen Teil dürfte die Aufhebung des Einfuhrverbotes ausländischer Wagen im Oktober 1925 den Anstoß gegeben haben. Besonders die amerikanischen Erzeugnisse traten in harten Konkurrenzstufen mit den deutschen Wagen. Die Auslieferung vom Jahre 1925, die unter der Bezeichnung „Deutsche taufe deutsche Wagen“ war, wird sich nicht nur dazu auswirken, in der großen Defensivität des Augenmerk auf die inländische Produktion zu lenken. Die ausländische Konkurrenz zwang aber doch zum Abbau der inländischen Verkaufspreise.

Eine weitere Ursache war: die Produktionsart, die den Amerikanern mit ihrem technisch fortgeschrittenen Apparat einen weiten Vorsprung gab. Während der Inflationszeit ging das. Nach Einführung der stabilen Währung und besonders durch die einseitige Einfuhr ausländischer Wagen war der Schrei nach der technischen Umstellung in den Vorbergründ gerückt. In welchem Tempo diese vor sich ging, zeigt schon allein die Tatsache, daß fast alle nennenswerten Betriebe sich umgestellt haben, oder sich in der Umstellung befinden.

Aber der ganze Vorgang in der Automobilindustrie mit seiner großen Zubehör- und Hilfsindustrie steht hier nicht zur Erörterung, das ist nicht der Zweck unserer Darstellung. Unsere Erhebungen, die sich lediglich zunächst auf die Beschäftigten in den Sattlerbetriebsstätten beschränken, geben ein Bild von den wechselnden Verhältnissen innerhalb des Berufes. Andererseits kann betont werden, daß auch Fragen, die den ganzen Betrieb betreffen, zur Beantwortung standen. Diese allgemeinen Fragen sind neben den engeren Berufsfragen besonders der meisten Großbetrieben beantwortet worden und geben somit einen Überblick auf die Gesamtproduktionsverhältnisse in der Fertigungsindustrie.

Zunächst einige Vergleiche der Beschäftigtenzahl in den Sattlerbetriebsstätten. Dabei kommt die Erhebung früherer Jahre zum Vorschein. Zugleich zeigt sich hier der Wert der Statistik, weil ohne dieselbe überhaupt keine reale Unterlage, die eine Schlussfolgerung zuläßt, gegeben wäre.

Der Sattlerverband hatte zwei Erhebungen vor dem Kriege veranstaltet, die ebenfalls Anspruch darauf haben, umfaßend die damalige Zahl der Beschäftigten wiederzugeben, wenn auch Statistiken nicht immer lückenlos sind.

Es wurden festgestellt:

| Jahr | Orte | Betriebe | Beschäftigte Personen |
|------|------|----------|-----------------------|
| 1905 | 67 | 206 | 1043 |
| 1914 | 79 | 270 | 2348 |
| 1926 | 70 | 216 | 2323 |

Hatte sich die Beschäftigung gegenüber 1905 im Jahre 1914 mehr als verdoppelt, so ist die Zahl der Gesamtbeschäftigten 1926 diejenige als vor dem Kriege. Wahrscheinlich zeigt aber auch das vergangene Jahr den größten Tiefstand, verursacht durch mannigfaltige Umstände, die in der Zahl der Beschäftigten überhaupt. Im Durchschnitt aus dem Betrieb berechnet, waren 1905 = 4 Personen, 1914 = 8,7 Personen und im Jahre 1926 = 10,7 Personen beschäftigt. Von den 2348 im Jahre 1914 gezählten beschäftigten Personen waren 326 in 107 Betrieben, 1926 in 90 Betrieben 344 Personen vorhanden, die in Reparaturwerkstätten arbeiteten. Also fast die gleichen Zahlen. Dies trifft ebenfalls auf die Betriebe, die neue Wagen herstellen, zu; das zeigt die folgende Zusammenstellung nach der Zahl der Betriebsstätte.

| Zahl d. Betriebe | Betriebe mit | Insgesamt beschäftigt |
|------------------|--------------|-----------------------|
| 1914 | 1926 | 1914 |
| 79 | 68 | 1—5 Personen |
| 41 | 21 | 6—10 |
| 26 | 22 | 11—25 |
| 11 | 11 | 26—50 |
| 3 | 5 | 51—100 |
| 8 | 4 | über 100 |
| 163 | 126 | 2032 |
| | | 1979 |

Nach dieser Gegenüberstellung waren 146 Betriebe mit 1 bis 25 Beschäftigten mit insgesamt 1009 Personen, dagegen 1926 wurden 106 Betriebe mit 769 Personen festgestellt. Mit 26 bis 100 und mehr Beschäftigten wurden 1914 17 Betriebe mit 1013, 1926 dagegen 20 Betriebe mit 1210 Beschäftigten gezählt. Die Orte mit den meisten Beschäftigten sind: Berlin, Frankfurt a. M., Kasselheim, Mannheim, Brandenburg, Chemnitz, Hannover, Halle, Einbeffingen, Zwickau. In diesen 10 Orten sind allein 1414 Beschäftigte vorhanden. Von den vier großen Betrieben mit über 100 Beschäftigten liegen drei in Süddeutschland, Adler-Frankfurt, Opel-Kasselheim und Benz-Mannheim, wie überhaupt dort die Automobilindustrie sich konzentriert. Brandenburg, der vierte Ort, hat bereits die meisten weiblichen Hilfskräfte aufzuweisen.

Wie in allen Berufen, nahm auch die Lehrlingshaltung in den Autolieferanten erheblich zu. Auch hier einige vergleichende Zahlen: 1905 wurden 121, 1914 fast die doppelte Zahl, 215 Lehrlinge, gezählt. Diese Zahl verdoppelte sich wiederum im Jahre 1926, insgesamt wurden 408 Lehrlinge ermittelt. Stellt man diese Zahlen im Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten, so waren 1914 9, im Jahre 1926 dagegen 18 Proz. Lehrlinge vorhanden. Berlin beherbergt von den 408 Lehrlingen allein 130, und ein namhafter Betrieb hat allein 33 sich als Lehrlinge gezählt.

Neben dieser Zunahme haben sich auch die weiblichen Hilfskräfte ständig vermehrt. Wurden 1914 nur 49 gezählt, so hat sich die Zahl inzwischen verdreifacht, denn am Ende 1926 wurden 149 festgestellt.

Im Jahre 1926 hatte sich das Beschäftigungsverhältnis ungunstigen der geringeren Facharbeit verschoben. Allerdings liegt diese Zeit in einer denkbar schlechten Geschäftsperiode, wie die weiteren Tatsachen zeigen. Von einzelnen Betrieben abgesehen. Waren im Jahre 1914 65,1 Proz. Facharbeiter, 9 Proz. Lehrlinge und 4,9 Proz. Hilfskräfte gezählt worden, so Ende 1926 nur 71,3 Proz. Facharbeiter, 18 Proz. Lehrlinge und 10,7 Hilfsarbeiter, und letztere in der Mehrheit weibliche Kräfte.

Gewiß zeigt die Zusammenstellung nichts Neues, wenn man wie in anderen Industrien auch hier im Autobau beschäftigt, daß man mit größter Beschleunigung zunächst die technische Umstellung betrieb. Zeigt doch gerade das vergangene Jahr, daß man allgemein durch Zusammenlegung von Betrieben, Fusionen großer Firmen, Einführung rationaler Betriebsweise, Vereinfachung in der Herstellung und sonstigem, auch in der Automobilindustrie bestrebt war, sich allen überflüssigen Ballast zu entledigen. Daß nach Schließung von größeren Betrieben, in den Orten Paderborn, Bielefeld, Bielefeld, Dessau, Detmold, Hameln, Hamburg, Nürnberg und Baret, um nur die bedeutendsten zu nennen, unsere Kollegen zunächst die Lehrlingensituation, liegt in der Natur der rückläufigen Rationalisierung, die ja eben allgemein in den gesamten Industrien zu beobachten ist. Im ganzen wurden aus diesen Betrieben Werte von Bedeutung gemeldet, die vollständig

eingegangen sind. Bessere acht größere Betriebe liegen zurück. Die Auswirkung zeigt sich für die Autolieferanten auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahl von 650 bis 700 entspricht auch der Zahl, die unsere vierteljährliche Statistik wieder gibt, gleich 35 Proz.

Beachtlich ist ferner, daß zwei Großbetriebe mit 250 Beschäftigten zurück zu arbeiten. Weiter kam in den Betrieben mit wenigen Ausnahmen zum Ausdruck, daß die Zahl der Beschäftigten gegenüber 1924 und teilweise 1925 sehr erheblich herabgedrückt sei. Begründet wurde das mit der geplanten Umstellung des Produktionsapparates oder Einführung neuer Modelle, aber überwiegend wegen Mangel an Aufträgen.

In diesem Zusammenhange ist die Feststellung, wie weit die Serienherstellung Platz gegriffen hat, von Interesse. Wurden doch 21 Firmen mit über 1000 Beschäftigten gezählt. Unter diesen befinden sich die Firmen, die mit wenigen Ausnahmen den Löwenanteil der Produktion der Anzahl nach überhaupt bemerksamen, an den 90 000 Personenwagen, die nach sachmännischer Schätzung im Jahre 1926 hergestellt wurden. Ist eine Firma allein mit 30 000 Wagen beteiligt, den übrigen Anteil haben die noch verbleibenden 20 Firmen so daß die noch übrigen 105 Firmen mit fast derselben Beschäftigtenzahl wohl nur den kleineren Anteil an der Produktion haben. Freilich muß dabei berücksichtigt werden, daß Betriebe mit erstklassiger Ausführung sicher nicht mit Tausenden von Aufträgen dabei rechnen. Wenn auch eine genaue Teilung nicht festzustellen ist, so beweist jedoch schon die Zahl dieser 21 Betriebe — die Serien herstellen und nur einzelne Typen herausbringen — daß die Typisierung innerhalb der letzten zwei Jahre Riesenschritte machte.

Die weitere Frage, wie weit die Produktion nach dem geltenden Stand oder dem sogenannten Ford-System vor sich geht, haben acht Betriebe mit 545 Beschäftigten beantwortet. Dabei muß festgestellt werden, daß zwei Betriebe zunächst von der Bandanlage wegen Mangel an Aufträgen keinen Gebrauch machen können. Zwei Betriebe haben aus denselben Gründen Kurzarbeit eingeführt, so daß die volle Ausnutzung des Bandsystems seit der Einführung überhaupt noch nicht berechnet werden konnte.

Wenn, wie betont, für uns zunächst die speziellen Verhältnisse der Autolieferanten näher liegen, so soll nicht übersehen werden, daß hinsichtlich der technischen Umstellung, bei dem Zusammen- oder Stilllegen von Betrieben, die stets eine starke Herabminderung der Beschäftigung bedeuten, auch die anderen Berufe in der Autolieferantenindustrie sowie in der Hilfs- und Zubehörfabrikation im gleichen Maße betroffen werden. Nach dem optimistischen Ausblick, den die Industrie anlässlich der Berliner Automobil Ausstellung erhielt und der im Preisverfall seinen Widerhall fand, muß es doch etwas speifisch sein, wenn überwiegend aus den Betrieben, nicht nur in der Sattlerei, von großer Beschäftigung berichtet wird. Es scheint, daß nachdem sich große maßgebende Betriebe umgestellt haben und, wie schon erwähnt, der vorhandene Produktionsapparat zunächst technisch wohl der gestellten Aufgabe gewachsen sein dürfte, daß es sich nicht so sehr um die Benützung dieser Anlagen, als vielmehr um die Absatzfrage handelt. Wenn die deutsche Automobilindustrie ein Faktor von Bedeutung bleiben will, so muß die Beschäftigung der Absatzfrage die dringende Aufgabe sein. Der deutsche Markt ist nicht für die tägliche Automobilproduktion aufnahmefähig. Die breiten zahlungsfähigen Mittelschichten — die zunächst als Abnehmer in Betracht kommen — fehlen. Es ist abzuwarten, wie weit die Kreditgewährung, die erst letzten Datums ist, sich auf dem Absatzmarkt auswirken wird. Dabei muß beachtet werden, daß die amerikanischen Autosfabriken im Vorteil insofern sind, weil sie langfristige Kredite zu gewöhnen in der Lage sind, und ihren Einfluß hierzulande stark verankert haben. Der Absatzmarkt im Ausland ist beschränkt, und die Staaten, die keine eigene Automobilindustrie haben und bereits von deutschen Firmen beliefert werden, sind an Zahl gering und gehören, von einigen Ländern abgesehen, nicht gerade zu den Kapitalträglern.

Die Ausblicke, die sich bieten, sind nicht rosig. Analog wie unsere Erhebung über die Zahl der Beschäftigten die Stagnation zeigt, würde es sicher für die anderen Berufe, so bei den Lederern, Holzarbeitern und besonders bei den Metallarbeitern, sich ergeben.

Sind doch gerade die genannten Berufe durch die sorgfältige Technisierung der Betriebe, durch Einführung zweckdienlicher Maschinen, Zerlegen der Arbeitsoperationen usw., noch in viel höherem Maße betroffen als unser Beruf. Um aber zunächst das, was der Arbeiter selbst nicht zu vergrößern, muß um so mehr die Forderung des Aufstundes in die Praxis umgesetzt werden. Es dürfte bekannt sein, daß die maßgebenden Werte länger arbeiten, trotz Einführung moderner Produktionsmittel. Natürlich ist die Vertiefung der Arbeitszeit nur in Gemeinschaft mit den Berufskollegen der anderen Branchen zu erreichen. — f. g. —

Aus unseren Berufstreifen.

Die süddeutschen Tapezierer-Innungsverbände haben sich von der Epigenorganisation der Bundesleitung in Berlin getrennt. Dies wird als eine Maßnahme zur Verwirklichung in Nr. 2 der „Allg. Tapezierer-Zeitung“ bezeichnet, welche nicht nur unsere (des Bundes), sondern die mangelnde Wirtschaftlichkeit des ganzen deutschen Handwerks allen Betrieben gegenüber bloßstellt und die Position der gut disziplinierten Begnen außerordentlich stärkt.

Das ist ja eine recht interessante Feststellung, daß der Austritt der süddeutschen Verbände die mangelnde Wirtschaftlichkeit des ganzen deutschen Handwerks bloßstellt und die Begründung dieser Bloßstellung ist das Unvermögen, alle Wertesätze pro Mitglied 80 Pf. an die Unvermögen, abführen zu können. Es folgt dann ein Appell an alle gleichberechtigten, tatkräftigen Männer, mit offenem Blick wieder zu sammeln unter der strengen Organisation des Bundes.

Dann folgt, was uns direkt verblüffend vorkam, folgender Hinweis: Wie die Bestrebungen der Industrie und des Handels vor den Grenzen der deutschen Länder keinen Halt machen, so darf es auch für die Fachverbände des Handwerks keine inneren Grenzen geben.

Man erwartet wohl, daß jetzt eine Aufforderung folgt, die Handwerkerinteressen nimmere auf der Basis internationaler Grundlagen zu verfolgen? O nein, so weit ist es noch lange nicht; gemeint sind nur die deutschen Länder, denn die Innungsverbände sind unpolitisch, sie haben nur wirtschaftliche Belange zu vertreten. Es kann sich demnach jeder anschließen, ohne seine politische Überzeugung preiszugeben. So, so, die Handwerker folgen nicht den Forderungen der Wirtschaftspartei, sie unterstützen nicht die reaktionäre Politik der monarchistischen Parteien, sie fördern nicht die Interessen der Großkapitalisten und machen sie zu Helfern ihrer eigenen Erlösens.

Hier offenbar sich tatsächlich die bloßgestellte mangelnde Wirtschaftlichkeit in Reinkultur, von der in den angeführten Zitaten die Rede ist. Wie gering die Logik ist, mit der die Bundespolitik begründet wird, ergibt sich aus dem weiteren Inhalt des Artikels, in dem gesagt wird, welche Mittel der Bund anwenden kann und will, um die Interessen der Mitglieder auch der kleinsten Orte wahrzunehmen. Entgegen der ersten Versicherung, daß der Bund keine politischen Zwecke und Ziele verfolgen wird, zeigt auf die Klagen der Reichstagsabgeordneten des Handwerks hingewiesen über die Teilnahmslosigkeit der Handwerker in den Ländern. Dann folgt der Hinweis, daß der Tapeziererbund in der glücklichen Lage sei, zwei sachkundige Vertreter im Reichstage zu besitzen — Herrn Holzamer und Wollath, Berlin — und im Reichswirtschaftsrat Herr Dr. Fischer aus Stuttgart. Wie diese Herren politisch eingestellt sind, ist ja allgemein bekannt. Jedenfalls ist es nicht sehr wahrhaftig, wenn man sich erst als unpolitisch hinstellt und dann gleich begründet, daß es doch ohne politische Interessenvertretung gar nicht möglich ist, das alles zu vertreten, was man als Handwerkerinteressen bezeichnet oder doch dafür hält.

Wie die Wirtschaftspartei diese Interessen vertreten hat, dafür haben wir in unserer Nr. 2 einige Beispiele angeführt. Es wäre deshalb auch nicht so sehr erstaunlich, wenn die Art und Weise, wie die Wirtschaftspartei Politik betreibt, geteilt hätte, arg verschuldet hat und nun die Reaktion folgt. Daß man immer mehr in Handwerkerkreisen zu hören beginnt, wie der Zusammenschluß des Privatkapitals die Interessen auch des Mittelstandes bedroht, beweist der Hinweis auf den Unruhmotzen, der in letzter Zeit gegründet wurde, um das Produkt vollständig zu beherrschen und die Verkaufsbedingungen zu bestimmen.

Es gibt selbstverständlich bereits genug Handwerker und Mittelständler, die längst erkannt haben, daß ihre Interessen am wirksamsten von der stärksten Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, vertreten werden. Diese sind längst über die verschwommene Ideologie hinausgewandert, wie sie in den Organen der Innungsverbände verzerrt wird. Daß diese aufgeklärten Köpfe immer zahlreicher werden, dafür sorgt trotz der Innungspolitik die natürliche Entwicklung, die es den Zuhörern allerdings etwas schmerzhaft beibringt, wenn sie nicht rechtzeitig zur Erkenntnis gelangen.

Einen hübschen Beitrag für das Thema Beruf und Wirtschaft liefert in Nr. 2 der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ Herr Julius Mann, Breslau. Er sagt zunächst, das deutsche Volk sei ganz allgemein in allen Ständen gänzlich verarmt. Die Berichte der Sparkassen, welche von einer Zunahme der Sparfähigkeit reden, sind als Täuschung zu bezeichnen. Die Erhöhung der Spareinlagen sei nur der Sorge empfinden, einige Nachfragen zur Hand zu haben, um bei eventuell eintretenden Unglücksfällen nicht ganz hilflos der Katastrophe anheimzufallen. Diesen Fonds für die äußerste Not kann man sammeln, wer alle Bedürfnisse auf kulturelle Verbesserung verzichtet. Die große Verdienstlosigkeit im Handwerk findet darin eine ihrer Ursachen. Er geht auch auf die Arbeitslosen, die keine Erwerbslosenunterstützung erhalten und unter Hunger und Sorgen hinvegetieren. Zahlreiche zum Stillstand zu bringen; durch die Steuerherrschaft sind Wirtschaftsvermögen vermindert.

Man sieht, auch ein Innungsoberrichter kann seinen Unzulriedenheit Luft machen. Herr Mann schildert dann die Verhältnisse in Schlesien und warum dort die Organisation so rückständig ist. In Schlesien liegen eben Wirtschaft und andere Fragen anders als in anderen Ländern. Untererhand zusammenzufassen, soweit es geht, um die Innung in die Innung zu führen. Von der Handwerker-Innere-Organisation Einwendungen gemacht mit dem Hinweis, daß die Wehrzahl der Leute im Sattler- und Tapezierer- und sel und das genüge.

Demgegenüber sagt Herr Mann, daß viele Tapezierer sich darüber beschwerten, weil sie dem Sattlerbund angehören müßten, denn ihre berufliche Ausbildung leide durch Erweiterung des Berufswissens, denn der eine wie der andere hat sein Wissen aus dem Vorhandensein der Berufsgeschichte. Die Zeit der Rationalisierung bringt es mit sich, daß man nur in einem Fach Gutes, Besseres und Preiswerteres zu bieten vermag, deshalb wird es nicht möglich sein, Tapezierer, Sattler und Wagenbauer zugleich zu sein.

Die Arbeitsgemeinschaft der Innungsverbände — Sattlererbund, Sattlerbund — haben Kommissionen gewählt und beauftragt, mit den Tapeziererhändlern und ebenso mit den Unruhmotzen Verhandlungen zu pflegen zwecks Festlegung einheitlicher Preise für den Kleben der Tapeten und Verleihen von Einzeim.

In der Vorheimer Tapezierer- und Sattler-Innung kam zur Sprache, daß die Lehrlingsentlohnung im ersten Halbjahr auf zwei Reichsmark und im zweiten halbe bis 8 Mark im 7. Halbjahr. Das ist doch

Korrespondenzen.

Wachen. Generalversammlung vom 14. Januar. Kollege Specht erstattet den Jahresbericht. Die Revisoren erklären, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben. Dem Vorstand wird Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergeben: Vorst. Gams, Kass. Specht, Schriftf. Moitau, Beisitzer Gerstl, Revisoren Kroll und Vogel. ...

Braunshweig. Generalversammlung vom 4. Januar. Kollege Vonto erstattet den Jahresbericht. Er schildert das Krisenjahr und die Rationalisierungsbemühungen der Unternehmer, wodurch das Arbeitslosentum auch in unsrer Beruf so gewaltig vergrößert wurde. ...

Sollingen. Generalversammlung vom 10. Januar. Nach dem Geschäftsbericht wurden im Jahre 1926 elf Monatsversammlungen, sechzehn Werkstätten- und zwei Agitationsversammlungen abgehalten. In Wald und Wegger konnte der Verband keinen Erfolg buchen, da die Kollegen meist aus Tapezieren bestanden und kein Interesse für den Verband haben. ...

Wachen. Generalversammlung vom 9. Januar. Trotz dem unsere Ortsgruppe schwer unter der Krise leidet (zurzeit steht nur ein Mann in Arbeit), wurde im Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet. Es tagten 8 Mitglieder-, 2 Wahlversammlungen, 12 Ausschusssitzungen und 2 Bewerberversammlungen. ...

Wachen. Generalversammlung vom 9. Januar. Trotz dem unsere Ortsgruppe schwer unter der Krise leidet (zurzeit steht nur ein Mann in Arbeit), wurde im Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet. ...

Wachen. Generalversammlung vom 9. Januar. Trotz dem unsere Ortsgruppe schwer unter der Krise leidet (zurzeit steht nur ein Mann in Arbeit), wurde im Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet. ...

Wachen. Generalversammlung vom 9. Januar. Trotz dem unsere Ortsgruppe schwer unter der Krise leidet (zurzeit steht nur ein Mann in Arbeit), wurde im Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet. ...

Wachen. Generalversammlung vom 9. Januar. Trotz dem unsere Ortsgruppe schwer unter der Krise leidet (zurzeit steht nur ein Mann in Arbeit), wurde im Jahr eine rege Tätigkeit entfaltet. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. Er ist der erste Jubilar am Orte. Der Jahresbericht und der Kassenbericht wurden anerkennend entgegengenommen. ...

Rundschau.

Doppelverdiener. Der Regierungspräsident unterlag den im Staatsdienst dauernd beschäftigten und auskömmlich entlohnten Arbeitern jede Nebenbeschäftigung während seiner dienstfreien Zeit, wenn sie gegen Entgelt ausgeführt wird. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

Allerlei aus der Arbeitgeberpresse.

Verfälschte Unvollständigkeit. Die Arbeitgeberorgane sind eifrig bemüht, Material zu sammeln, das sich gegen die Arbeiterbewegung ausspielen läßt, darüber könnte man viele Bücher schreiben. In Altona mag es unter den Beuten, die den Arbeitern nachwehen, keine überaus seltenen geben, die sich nicht immer einwandfrei betragen. ...

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

zuzuführen, was die bürgerliche Erziehungsmethode der nachlässigst hat. Man kann dieses verächtliche Gebaren gar nicht oft genug an den Pranger stellen.

Der Fürsorgezustand in Reinfaktur. Inner dieser Stadtmarke erbot sich die Arbeitgeberzeitung über den Ausbau der Wohlfahrtspflege durch die deutschen Städteverwaltungen. Nachdem das Unternehmertum immer mehr Menschen von allen Besitz- und Produktionsmitteln mehr jagt und enteignet — proletarianisiert — hat, sind die Behörden notgedrungen gezwungen, die Fürsorgefähigkeit ständig zu erweitern, so daß in 156 Städten von 25 Einwohnern im Jahre 1925 im November bereits je einer der öffentlichen Fürsorge anheim fiel.

Das Arbeitgeberorgan denkt natürlich nicht entfernt daran, aus dieser Situation die Erkenntnis zu schöpfen, daß in der deutschen Wirtschaft selbst die Fehlerquellen für diese Zustände zu suchen sind. Und vor allem, daß die Führer dieser Wirtschaft selbst es sind, denen in der Hauptsache die Schuld zufällt, daß dem so ist.

Die Industrie wie die Landwirtschaft schleppen einen ungeheuren Ballast, der auf Kosten der Wirtschaft immer größer wird und den Lebensanteil des Ertrags der Arbeit des deutschen Volkes beansprucht. Ueber den Aufwanden die Großindustriellen und ihre Nutznießer und ebenfalls die Großagraren freiben, haben wir gerade genug Beispiele vorzuführen. In den Unternehmerrzeigungen wird darüber natürlich nicht eine Silbe gebracht. Dort wird nur versucht, die Bestrebungen der Arbeiter durch arglistige Verdrehungen herabzujagen.

Bücherchau.

Ueber den Beruf eines Koches oder Reßners orientieren zwei kleine Broschüren, die der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellten, Berlin N 24, Esplanade Straße 86/88 111, herausgegeben hat und den Interessierten kostenlos zur Verfügung stellt. Bei Bedarf wolle man sich an die angegebene Adresse wenden.

Rationalisierung und Arbeiterschaft. Vortrag, gehalten auf der vom Ortsausschuß Berlin des ADGB, und vom Ortsrat der DFD-Bundes einderenischen Betriebsrätekonferenz am 31. Oktober 1926 von Wilh. Eggert, 32 S., Berlin S 14, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926. Textausgabe ist vom Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen Einhebung von 40 Pf. für das Stück zu beziehen. Bei Mehrbezug wird ein größerer Preisnachlaß gewährt. Bestellungen an das Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiger Straße 32, erbeten. Postcheckkonto Leipzig 65 139.

Krania-Kalender 1927. In Ganzleinen gebunden 2 Mk., für Abonnenten der Zeitschrift 'Krania', Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, 1,50 Mk. Urania-Verlags-Ges. m. b. H., Jena.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 24. bis 30. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes! Kollegin, Kollege! Ist euer Verbandsbuch am Jahresabschluss in Ordnung gebracht worden?

Zählung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Wir ersuchen alle Ortsverwaltungen, die Meldestellen für den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Oktober bis spätestens zum 5. November einzuliefern. ...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Leipzig wird das Mitglied Woldemar Krenke, Tapezierer, Buch Nr. 8194, nach § 4 Ziffer 2a aus dem Verbandsverzeichnisse gestrichelt.

Mehr als 25 Jahre Mitglied sind die Kollegen: Berlin: Sattler Ernst Frieleler, Sattler Richard Schwarze, Sattler Albert Kungel, Tapezierer Otto Piz.

Wilschhausen. Generalversammlung am 15. Januar. Der Vorsitzende begründet die Wünsche der Kollegen neue zu seiner 25jährigen Verbandzugehörigkeit. ...

Sterbetafel.

Berlin. Am 14. Januar verstarb das Mitglied Albert Hardies, Portefeuller, im Alter von 55 Jahren.

Offenbach a. M. Am 11. Januar starb unser Mitglied Peter Bickhof im 45. Lebensjahre nach 26jähriger Mitgliedschaft. — Am 12. Januar starb plötzlich unser Mitglied Rilli Otto, 18 Jahre alt, durch Unglücksfall (Verbrennung am Ofen).

Stoll. Am 17. Januar 1927 starb unser Mitglied der Tapezierer Wilhelm Ruhnau im Alter von 19 Jahren.

Stuttgart. Am 6. Januar 1927 starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied Friedrich Müller bei Hill u. Cie. im Alter von 65 Jahren. Bei seiner Firma war er 42 Jahre ununterbrochen beschäftigt.

Ehre ihrem Andenken!